

Anrede,

ich schließe mich Ekkehard an, möchte beim Thema Rechtspopulismus aber ergänzen.

1.

Rechtspopulistische Parteien sind in allen höher entwickelten Ländern des Kapitalismus auf dem Vormarsch. Wenn es überall so ist, muss es systemische Gründe dafür geben.

2.

Ekkehard hat auf das integrative Potential der heutigen Parlamentarischen Staatsform verwiesen. Trotzdem hat diese soziale Integrationskraft in den letzten Jahren gelitten. Warum? Im Vergleich zu den 1960er und 1970er Jahren sind die Profitraten heute geringere. Das schränkt aus der Sicht des Monopolkapitals den Spielraum für „Klassenkompromisse“ ein. Die Systemkonkurrenz ist entfallen. Ökonomen sprechen von einer chronischen Krise der Kapitalverwertung. Neoliberale Ideologien, die sich seit den 1990ern in Politik umsetzen, fordern eine radikalisierte Ausbeutung.

3.

Ein Element dafür dies durchzusetzen ist Enddemokratisierung. Mit Verfassungsänderungen (Schuldenbremse), in der Übertragung von Entscheidungskompetenzen auf die Exekutive. Schengen, Dublin, Maastricht, der Euro, die ganze EU – diese supranationalen Strukturen und Instrumente schränken Demokratie bis in die Kommunalparlamente ein. Politische Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen nationaler Politik gehen verloren. In ökonomischen und sozialen Kernfragen.

Mit der Übernahme neoliberaler Dogmen ging frühere Parteienkonkurrenz verloren. Unterschiedliche Programme, Werte, Weltanschauungen wurden durch eine Art assimilativer Zirkulation (jede und jeder kann mit jeden, alles ist austauschbar) ersetzt. Die „Volksparteien“ haben ihre Verankerung verloren. Das kann in der Konsequenz zur Selbstaflösung und weitere Enddemokratisierung führen. Die Bewegung unter Macron ist dafür ein Beispiel.

☐ Oppositionelle Parteien, die sich auf dieses Spiel einlassen, verlieren ebenfalls ihre Glaubwürdigkeit. Wir sollten uns damit beschäftigen, warum ausgerechnet die Partei Die Linke bezogen auf die ursprüngliche Größe ihrer Wählerschaft

verhältnismäßig mehr Wähler an die AfD im Laufe der Jahre abgegeben hat, als alle anderen Parteien.

4.

In diesem Prozess ging „Wir“-Gefühl verloren, was aber für die konservative Form der bürgerlichen Republik unabdingbar ist. Die Leute denken: es ist egal, wen du wählst, am Ende kommt die gleiche Soße! Die da oben machen was sie wollen. Noch nie seit der Gründung der Bundesrepublik war das Misstrauen gegen Institutionen, Parteien, Medien, Großorganisationen jeglicher Art, so groß.

Ekkehard hat es angesprochen: wir leben in einer demobilisierten Klassengesellschaft. Klassenbewusstsein ist kaum vorhanden. Auch spontaner Protest, und sofern sich diese politisiert, findet seinen Antagonisten nur noch in Teilen der politischen Kaste: „Merkel muss weg“.

5.

Die populistische Methode greift eine gegebene „Repräsentationslücke“ in einem zweidimensionalen Schema von „oben“ und „unten“ auf. Im Unterschied zum linken Populismus, werden diese Pole im Rechtspopulismus aber aufgesplittert. Der Pol unten in einen guten und in einen schlechten Teil. Ethnisch, auch kulturell (Fleißige und Schmarotzer) definiert. „oben“ meint alles Mögliche, aber nicht das Kapital.

6.

Mit der Verwertungskrise gewinnt Massenmigration für das Großkapital zunehmende Bedeutung. Die Produktion soll auf der Grundlage eines gesunkenen Lohn- und Reproduktionsniveaus expandieren. Das ist die Funktion der Migration für das Kapital immer gewesen. Gleichzeitig steigen damit die Immobilienpreise usw. Die Kosten der Integration werden nur auf die Lohnabhängigen abgewälzt. Gleichzeitig sinken Reallöhne auch deshalb.

7.

Unbefriedigte Ansprüche werden zu »leeren«, aber hegemoniefähigen Lösungen verdichtet. Im linken Populismus, um Solidaritätsketten aufzubauen. Im Rechtspopulismus um damit die Arbeiterklasse zu spalten und den Klassenantagonismus weiter zu vernebeln. Schuld sind die Ausländer, die Schmarotzer, die Sozialhilfe kassieren, Politiker, die dies bewirken.

8.

Wie kann der Rechtspopulismus bekämpft werden? Mit „wehrhafter“ Demokratie? Mit einem Parteienverbot? In den USA wurde Donald Trump mit jedem juristischen Verfahren immer stärker. Meines Erachtens ist diese Debatte um Verbote problemverschärfend. Denn die realen Probleme bleiben ungelöst, während sich das Gefühl ausgegrenzt zu werden, verstärkt.

Der Rechtspopulismus entsteht auch vor dem Hintergrund eines undemokratischen „Liberalismus“, der mit Globalisierungsforderungen Mehrheitsinteressen missachtet. Er ist ein Kind derjenigen, die die autoritäre und unsoziale Entwicklung vorantreiben, die Gesellschaft spalten und gleichzeitig das Land „kriegstüchtig“ machen.

Die damit gegebene Hegemoniekrise wird durch den Rechtspopulismus wieder abgemildert. Nicht durch Sozialreformen. Sondern durch Ideologie. Wobei freilich im Abbau supranationaler Überbauten, in der Betonung nationaler Interessen, in der Forderung nach einem Ausgleich mit Russland, auch etwas reales liegt, das soziale Beziehungen wieder stabilisieren kann. So gesehen ist der Rechtspopulismus auch Ausdruck unterschiedliche Fraktionen im Kapital. Hinter der Biden-Fraktion in den USA stehen große global agierende Konzerne und das Finanzkapital. Hinter Trump eher binnenwirtschaftlich orientierte Kapitalfraktionen, deren Schutz vor europäischer und chinesischer Konkurrenz aber auch Erwartungshaltungen in Segmenten der Arbeiterklasse trifft. Generell lässt sich für Deutschland sagen, dass Unternehmerspenden an die AfD von mittelständischen Industriebetrieben ausgehen, kaum vom exportorientierten Großkapital. Auch das ist übrigens ein grundlegender Unterschied zu einer faschistischen Partei.

9.

In der politischen Polemik wird heute mehr oder weniger alles als „rechts“ gebrandmarkt, was den Grundpfeilern vorherrschender Politik widerspricht. Wer Frieden und Diplomatie will, ist ein „Putinist“ und damit „rechts“. Wer Corona-Maßnahmen kritisierte, ist ein „Verschwörungstheoretiker“ und damit „rechts“. Wer die EU ablehnt, ist ein „Nationalist“ und damit „rechts“. Dieses Gerede dient dazu die „Normalität“ eines asketischen Universums, aus dem es keine Flucht geben könne, in die Köpfe zu verpflanzen und jede Abweichung davon zu diskreditieren. Und es dient zur Vorbereitung von Kriegen.

Ähnlich kritisch sehe ich die gegenwärtige Massenbewegung, diesen „Aufstand der Mitte“ gegen die AfD. Für diesen gibt es nachvollziehbare Gründe. Andererseits wird diese Kampagne von den Ampelparteien dafür

instrumentalisiert die eigene Politik zu legitimieren. Ich vermute, dass damit die AfD nicht wirksam bekämpft werden kann, zeitweilig kann vielleicht Einfluss auf Umfragen genommen werden, aber der wahlpolitische Einfluss der AfD ist damit am Ende nicht zu brechen.

10.

Meine These: Wer den Einfluss der AfD zurückdrängen will, der darf in seiner Politik nicht den Hauch eines Verdachts aufkommen lassen, es gebe Gemeinsamkeit mit diesen Akteuren neoliberaler Politik. Im Gegenteil: diese Politik muss auf allen Feldern mit populären Forderungen unsererseits bekämpft werden. Erst auf dieser Basis kann eine Demaskierung der AfD erfolgen, die ja ebenfalls Aufrüstung und den Abbau sozialer Leistungen will.

(AG – 15.03.2024)